

Stuttgart, 20. Mai 2019

PRESSEMITTEILUNG

Bündnis gegen Altersarmut unterstützt Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung

Das baden-württembergische Bündnis gegen Altersarmut unterstützt die Pläne, eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einzuführen. Die Bündnispartner, zu denen der Landesfamilienrat Baden-Württemberg von Beginn an gehört, fordern die Koalition auf, die Grundrente jetzt zügig einzuführen.

Ohne Grundrente würden viele Betroffene trotz ihrer jahrzehntelang bezahlten Beiträge nicht bessergestellt, als Personen, die nie eingezahlt haben.

Hier finden Sie die Stellungnahme im Wortlaut:

Stellungnahme des Bündnisses gegen Altersarmut in Baden-Württemberg zum Konzept einer Grundrente des Bundesarbeits- und sozialministers Hubertus Heil:

Einleitung

Mehr als 30 Sozialverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen in Baden-Württemberg haben sich am 3. April 2017 in Stuttgart zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Altersarmut zusammengefunden, um für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik einzutreten.

Die Bündnispartner*innen eint die Sorge, dass bereits ab 2030 Millionen ältere Mitbürger*innen auf den Gang zum Sozialamt angewiesen sein werden, wenn nicht heute gegengesteuert wird. Die damit verbundenen Folgen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind dramatisch.

Im Bündnispapier halten die Bündnispartner*innen fest: „Eine reiche und soziale Gesellschaft darf es nicht länger zulassen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, in Armut geraten. Ein Wechsel in der Rentenpolitik ist dringend nötig und auch möglich. Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen. Sie muss Armut im Alter verhindern!“

Stellungnahme

Das Bündnis gegen Altersarmut begrüßt ausdrücklich das Konzept der Grundrente, das Bundesarbeits- und sozialminister Hubertus Heil vorgelegt hat.

Arbeitnehmer*innen müssen nach einem langen Erwerbsleben die Sicherheit haben, eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erhalten. Die Lebensleistung muss sich in einer auskömmlichen Rente widerspiegeln. Es ist deshalb richtig, dass niedrige Renten durch die Grundrente aufgewertet werden sollen. Gerade für viele Frauen wäre dies eine echte Wertschätzung und Würdigung ihrer Lebensleistung.

Allerdings kritisieren wir hierbei die starren Zugangsvoraussetzungen von 35 Beitragsjahren und dass die Zeiten von Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt werden sollen.

Eine Bedürftigkeitsprüfung lehnt das Bündnis ab, weil es entwürdigend ist, nach einem langen Erwerbsleben als Bittsteller*in behandelt zu werden und weil dadurch das der gesetzlichen Rentenversicherung zugrundeliegende Versicherungsprinzip ausgehöhlt wird.

Die Finanzierung der Grundrente sollte aus Steuermitteln erfolgen, da dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Für die Zukunft muss die gesetzliche Rentenversicherung so ausgebaut werden, dass möglichst alle Erwerbstätigen einbezogen sind.

Pressekontakt bei Ver.Di: Karin Grimm 0171 1159975

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er ist ein unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Dabei ist es das vorrangige Ziel, die Lebensqualität und damit die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern.

Christel Althaus ist Professorin an der Hochschule Esslingen und lehrt dort u.a. Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Familie. Seit Dezember 2015 ist sie Vorsitzende des Landesfamilienrates Baden-Württemberg.

Pressekontakt: Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin
Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Gymnasiumstraße 43, 70174 Stuttgart,
Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de, www.landesfamilienrat.de